

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD  
– Drucksache 19/14750 –**

### **30 Jahre Mauerfall und Reisefreiheit – Erfolgsgeschichte Tourismus**

#### **A. Problem**

Zum 30. Jahrestag des Mauerfalls würdigen die Fraktionen der CDU/CSU und SPD den Tourismus als „Erfolgsgeschichte“ in den neuen Bundesländern. Die außerordentliche Bedeutung der Reisefreiheit, die am 9. November 1989 begann, müsse im Rahmen des Mauerfall-Gedenkens Teil der deutsch-deutschen Erinnerungskultur sein.

Der Aufbau der gemeinsamen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion als eine Gemeinschaftsleistung von Ost und West habe den Grundstein für eine erfolgreiche Entwicklung des deutschen Binnentourismus gelegt. Deutschland als Reiseziel sei mit einem Marktanteil von knapp 30 Prozent das beliebteste Reiseziel der Deutschen. Das wiedervereinigte Deutschland gelte weltweit als weltoffenes, gastfreundliches Reiseziel. Dieses positive Image müsse bewahrt werden.

Die Antragsteller erläutern, dass nach der Wiedervereinigung der Tourismus einer der wenigen Wirtschaftssektoren der neuen Bundesländer mit kurzfristig realisierbaren Wachstums- und Beschäftigungschancen gewesen sei. Attraktive Landschaften sowie die damals zwar oft vernachlässigten, aber städtebaulich und kulturhistorisch interessanten Städte hätten eine gute Grundlage geboten.

Der Aufbau der Tourismuswirtschaft in den neuen Bundesländern sollte auch parlamentarisch begleitet werden, so dass deshalb im Jahr 1991 ein ständiger Ausschuss des Deutschen Bundestages für Tourismus (Ausschuss für Tourismus) eingerichtet wurde.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, tourismusrelevante Vorhaben im Zusammenhang mit dem Mauerfall-Jubiläum noch stärker zu fördern. Ferner solle die Bundesförderung der Deutschen Zentrale für Tourismus für die weltweite Vermarktung des Reiselandes Deutschland mit seinen historisch-kulturellen Besonderheiten deutsch-deutscher Geschichte weiter verstetigt werden. Ebenso solle im Aktionsplan zur nationalen Tourismusstrategie die deutsch-deutsche Er-

innerungskultur Berücksichtigung finden. Besondere Beachtung müssten historische Gedenkstätten und weitere „Kulturelle Leuchttürme“ Ostdeutschlands finden.

**B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/14750 anzunehmen.

Berlin, den 13. November 2019

## **Der Ausschuss für Tourismus**

**Sebastian Münzenmaier**  
Vorsitzender

**Astrid Damerow**  
Berichterstatterin

**Frank Junge**  
Berichterstatter

**Christoph Neumann**  
Berichterstatter

**Roman Müller-Böhm**  
Berichterstatter

**Sabine Zimmermann (Zwickau)**  
Berichterstatterin

**Markus Tressel**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Astrid Damerow, Frank Junge, Christoph Neumann, Roman Müller-Böhm, Sabine Zimmermann (Zwickau) und Markus Tressel**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/14750** in seiner 124. Sitzung am 7. November 2019 in erster Lesung zur federführenden Beratung dem Ausschuss für Tourismus, zur Mitberatung dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, dem Ausschuss für Kultur und Medien und dem Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD betonen in ihrem gemeinsamen Antrag zum 30. Jahrestag des Mauerfalls den besonderen Erfolg des Tourismus in den neuen Bundesländern. Tourismus sei nach der Wiedervereinigung einer der wenigen Wirtschaftssektoren der neuen Bundesländer mit kurzfristig realisierbaren Wachstums- und Beschäftigungschancen gewesen. Dies habe vor allem für Regionen gegolten, die eher ungünstige Rahmenbedingungen für industrielle Aktivitäten aufwiesen. Bedingt durch die niedrigen Markteintrittsschwellen der Tourismuswirtschaft sei sie besonders geeignet für den zügigen Aufbau eines mittelständischen Wirtschaftszweiges gewesen. Heute habe beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern die höchste Tourismusintensität aller Bundesländer.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, tourismusrelevante Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Jubiläum und auch die weltweite Werbung für Deutschland als Reiseziel und für Geschäftsreisen noch stärker zu fördern. Hierzu gehöre auch die Berücksichtigung im Aktionsplan zur nationalen Tourismusstrategie. Historische Gedenkstätten und „Kulturellen Leuchttürme“ in Ostdeutschland müsse verstärkte Aufmerksamkeit gelten.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 49. Sitzung am 13. November 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der AfD und FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 52. Sitzung am 13. November 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 40. Sitzung am 13. November 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat in seiner 56. Sitzung am 13. November 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 53. Sitzung am 13. November 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der AfD und FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 37. Sitzung am 13. November 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat in seiner 34. Sitzung am 13. November 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Tourismus hat den Antrag auf Drucksache 19/14750 in seiner 34. Sitzung am 13. November 2019 abschließend beraten. Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 19/14750 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP angenommen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, dass der Antrag „30 Jahre Mauerfall“ den Schwerpunkt auf die Reisefreiheit lege. Die Verkündung der Reisefreiheit am 9. November 1989 sei ein Meilenstein der deutschen Geschichte gewesen und müsse im Rahmen des Mauerfall-Gedenkens Teil der deutsch-deutschen Erinnerungskultur sein. Schließlich sei „Reisefreiheit“ eine der zentralen Forderungen der Menschen gewesen, die damals für ihre Freiheit auf die Straße gegangen seien. Es müsse darüber hinaus deutlich gemacht werden, dass der Mauerfall auch einen touristischen Aspekt habe. So fordere der Antrag die Verstärkung der Gelder für die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) im Hinblick auf die historisch-kulturellen Besonderheiten deutsch-deutscher Geschichte. Darüber hinaus sei es wichtig, dass die DZT bei der Bewerbung der neuen Bundesländer auch den Focus auf die Geschäftsreisenden lege.

Die Fraktion lege ferner Wert darauf, dass bei der Ausarbeitung der Tourismusstrategie auch die Förderung der deutsch-deutschen Erinnerungskultur ausreichend berücksichtigt werde.

In Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern, habe man zunehmend mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu kämpfen. Die Bundesregierung werde daher aufgefordert, sich in Europa weiterhin für den interkulturellen Jugendaustausch zu engagieren, um dadurch auf die Bedeutung von Völkerverständigung aufmerksam zu machen.

Die **Fraktion der SPD** stellte voran, dass es den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern gelungen sei in einer friedlichen Revolution, ohne Blutvergießen einen Systemwechsel herbeizuführen und die Mauer einzureißen. Trotzdem bestehe der Eindruck, dass der friedlich herbeigeführte Fall der Mauer und die bisher erreichten Fortschritte im Ausland mehr Beachtung erführen als in Deutschland selbst.

Mit den historisch-kulturellen Besonderheiten der deutsch-deutschen Geschichte und der Entwicklung ostdeutscher Regionen seit dem Fall der Mauer könne im Rahmen der Tourismuspolitik für das Reiseland Deutschland geworben werden. Schließlich sei die friedliche Überwindung der Mauer ein positives Beispiel dafür, wozu Menschen in der Lage seien, wenn sie in Freiheit und Demokratie leben wollen und bereit sind, die Dinge in die eigene Hand zu nehmen.

Die **Fraktion der AfD** begrüßte ausdrücklich, dass die Regierungskoalition das 30jährige Jubiläum des Mauerfalls nutze, um tourismuspolitische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung in der Vordergrund zu rücken. Die Auslandvermarktung durch die DZT solle im Hinblick auf die deutsch-deutsche Geschichte verstärkt betrieben werden.

Sie stimmte auch dem Vorschlag zu, dass die deutsch-deutsche Erinnerungskultur im Rahmen der nationalen Tourismusstrategie Berücksichtigung finde. Ebenso bekräftigte die Fraktion die im Antrag gestellte Forderung an die Bundesregierung, Projekte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu fördern und schloss sich der Sorge um das positive Image des vereinigten Deutschlands an. Extremismus von Linken oder Rechten lehne die AfD ab. Sie stimme dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

Die **Fraktion der FDP** machte deutlich, dass sie sich nicht umfänglich den Forderungen des Koalitionsantrags anschließen könne und sich deshalb enthalte. Der Verstärkung der DZT-Fördergelder stimme die Fraktion zu.

Die Berücksichtigung der deutsch-deutschen Erinnerungskultur im Rahmen der Tourismusstrategie sehe die FDP allerdings eher kritisch, da sich, wie bereits an anderer Stelle schon geäußert, die Strategie auf Kernpunkte konzentrieren solle, zumal immer noch wesentliche tourismuspolitische Probleme fehlen würden. Die Fraktion werde sich enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE**. kritisierte, dass der Antrag nichts Neues biete und die realen Probleme vernachlässige. In den letzten 30 Jahren habe nicht nur der Tourismus in den neuen Bundesländern profitiert, sondern auch der Westen habe von der deutschen Einheit profitiert. Dies hätte in dem Antrag Berücksichtigung finden müssen. Darüber hinaus wurde kritisiert, dass die Vorhaben mit bestehenden Haushaltsmitteln realisiert werden sollen. Dies sei unrealistisch, da eine Veränderung nur erfolgen könne, wenn mehr Mittel zur Verfügung stünden.

Es mangle nach wie vor an einer „modernen Infrastruktur“ in den neuen Bundesländern. In vielen Regionen sei der Handy-Empfang schwierig. Auch bei Wasserstraßen gebe es Probleme. In Mecklenburg-Vorpommern stünden beispielsweise Schleusen vor der Schließung. Die Lohnunterschiede im Gaststättengewerbe in den alten und neuen Bundesländern würden ebenfalls nicht im Antrag Berücksichtigung finden. Der Antrag gehe an der Realität vorbei und werde deshalb abgelehnt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte ebenfalls aus, dass sie nicht alle Punkte des Antrags unterstützen könne. Unstrittig sei die Verstetigung der Fördermittel für die DZT. Wenn jedoch das Jubiläum „30 Jahre Mauerfall“ in der Auslandsvermarktung mehr Berücksichtigung hätte erfahren sollen, dann hätte der Antrag schon vor einem Jahr gestellt werden müssen, da die Feierlichkeiten bereits begonnen hätten.

Es wurde kritisiert, dass die Aspekte „Fremdenfeindlichkeit“ und „Rassismus“ nicht deutlich genug in dem Antrag angesprochen werden, obwohl sie für Deutschland als Tourismusstandort sehr wichtig seien.

Der Hauptkritikpunkt sei jedoch die rein ökonomische Sichtweise auf den Aspekt „Reisefreiheit“. Hier fehle die intellektuelle Betrachtungsweise. Der Antrag werde der „Größe des Themas“ nicht gerecht und vermische unterschiedliche Themen, die nicht zusammen gehörten. Der Antrag werde abgelehnt.

Berlin, den 13. November 2019

**Astrid Damerow**  
Berichterstatlerin

**Frank Junge**  
Berichterstatter

**Christoph Neumann**  
Berichterstatter

**Roman Müller-Böhm**  
Berichterstatter

**Sabine Zimmermann (Zwickau)**  
Berichterstatlerin

**Markus Tressel**  
Berichterstatter



